

Hinten wird die Sau rausgelassen

Stadtentwicklungs-Stadtrat Gerhard Fritz hat alle Hände voll zu tun: Weil die Einwohnerzahl bis 2025 auf 165.000 explodieren wird, die Wohnkosten exorbitant sind und die Regelungen verbohrt. Im Interview erklärt er viel, verrät aber nicht, wo der neue Innsbrucker Stadtteil entsteht. Leider.



Gerhard Fritz (Grüne) ist in der Innsbrucker Stadtregierung für Stadtplanung zuständig

Fritz: In dieser Legislaturperiode sollen 2000 neue, geförderte Wohnungen gebaut werden und allein für die den Grund aufzutreiben, ist schwierig. In einem ersten Schritt hat die städtische Arbeitsgruppe Wohnen alle zur Bebauung geeigneten städtischen Grundstücke untersucht. Das Elend ist, dass es nicht die allerschönsten Wohnlagen sind. Wir reden beispielsweise über Wohnbauten nahe der Autobahn, unterhalb vom Paschberg westlich vom Tivoli-Stadion. Da darf sich der Gestaltungsbeirat überlegen, ob das zumutbar ist, ob das noch geht und welche Dichte möglich wäre. Anderswo, in schönsten Wohnlagen, geht Grund überhaupt nur an private Bauwerber und das zu astronomischen Preisen. Es ist derzeit so, dass sogar für Freiland, wo nicht einmal der Schimmer einer Widmung drauf ist, Baulandpreise verlangt werden. Kein Mensch verkauft in Innsbruck Freiland-Grundstücke zum Preis von 35 Euro pro Quadratmeter, die gehen von vorneherein her und sagen, dass der ortsübliche Preis der Baulandpreis ist. Da wollten Leute auf den Amraser Feldern Preise von 600 Euro pro Quadratmeter von der Stadt verlangen. Wir haben natürlich dankend abgelehnt.

ECHO: Wo kommen eigentlich die Menschen her, die im Jahr 2025 die Innsbrucker Bevölkerung auf 165.000 EinwohnerInnen wachsen lassen?

Fritz: Die kommen zum Teil aus dem Ausland – viele aus Deutschland. Ein anderer Teil kommt aus Tirol – das ist der Zuzug aus der Region. Innsbruck Stadt und Innsbruck Land zählen zu den am stärksten wachsenden Bezirken ganz Österreichs. Die Flucht der oberen Mittelschicht ins Umland hat sich eingebremst oder ist zum Stillstand gekommen und hat sich umgedreht. Die Leute ziehen wieder zurück. Die sind draufgekommen, dass das Leben am grünen Waldrand erbärmlich langweilig ist und außerdem

ECHO: Im November veranstalteten „die Termiten – Plattform für kritische Sozialarbeit“, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Armutsfalle Wohnen – Möglichkeiten und Grenzen der Sozialarbeit“. Die Diskutanten waren zwar nicht immer gleicher Meinung, der Zugang der Beamten von Land und Stadt ist vielfach und teils logischerweise ein anderer als jener der SozialarbeiterInnen, doch am Ende der Veranstaltung wurde klar, dass im Zusammenhang mit Wohnen und dem Zugang zu diesem Grundrecht alle Beteiligten einen erdrückenden Mangel verwalten müssen. Warum ist das so?

Gerhard Fritz: Der ganz tiefe Grund für diesen Mangel ist sicher, dass wir in Tirol nur zwölf bis 13 Prozent Siedlungsfläche haben, gemessen an der ganzen Landesfläche. In Innsbruck ist das noch einmal verschärft. Der Großteil unserer 120 Quadratkilometer befinden sich im Alpenpark Karwendel und das derzeit gewidmete Bauland beträgt nur knapp 20

Quadratkilometer. Darauf wohnen im Moment 148.000 und noch ein paar Menschen. Die Prognose der Statistik Austria sagt für den Zeitraum des nächsten Raumordnungskonzeptes – also bis 2025 – 165.000 EinwohnerInnen voraus. Innsbruck ist als Wohnort sehr attraktiv, weswegen es eine große Nachfrage nach Wohnraum auf einer enden wollenden Grundfläche gibt, die noch dazu zu einem Großteil in privater Hand ist. Der Markt ist eben so, dass auch hier die Nachfrage das Angebot übertrifft, was dazu führt, dass jeder Grundverkäufer ziemlich rasante Preisvorstellungen hat.

ECHO: Wie viel kostet derzeit ein durchschnittlicher Bauland-Quadratmeter in Innsbruck?

Fritz: Das ist natürlich je nach Lage unterschiedlich, aber in einer halbwegs guten Lage gehen diese Preisvorstellungen von 1000 Euro aufwärts.

ECHO: Wie geht die Stadt mit den Extrempreisen und dem Wohnraumbedarf um?

kompliziert. Man braucht zwei Autos, hat das Problem mit Taxi Mama, Taxi Papa – kurz – sie wollen zurück in die Stadt. Da sind wir natürlich froh, aber es wird verdammt eng.

ECHO: Ist der Umstand, dass sich viele Gemeinden nicht um den Bau von Sozial-Wohnungen kümmern, mit ein Grund für den Zuzug aus dem „Tiroler Land“?

Fritz: Ich glaube schon. Man kann aber nicht alle Umlandgemeinden in einen Topf werfen. Das sieht man im Planungsverband Innsbruck und Umgebung mit seinen über 40 Gemeinden, die gut ein Viertel der Tiroler Bevölkerung beheimaten. Es gibt Gemeinden, die bilden sich immer noch ein, Tourismusgemeinden zu sein – vielleicht sogar noch für den Wintersport, was ja lachhaft ist. Mutters, Natters als Wintersportregion? Da lachen die Hühner. Andere haben sich mit ihrer Funktion als Peripherie der Zentralstadt oder Schlafdorf abgefunden. Es gibt solche, die noch dörfliche Idylle spielen und um Himmels willen keine Stadler wollen. Und weil sie keinen Sozialbau für „Proleten“ haben wollen, haben sie im Bebauungsplan keine Minimaldichten, sondern Dichtehöchstgrenzen. Es ist also sehr unterschiedlich und als Folge von Geldmangel sowie politischem Willen freuen sie sich halt, wenn alle zentralörtlichen Einrichtungen in Innsbruck sind und sie nichts brauchen.

ECHO: Stehlen sich die Gemeinden da aus ihrer Verantwortung?

Fritz: Ein bisschen schon. Doch es fängt langsam an, sich zu drehen. Gerade im Planungsverband kommen viele drauf, dass das Motto „Viele für sich und Gott gegen alle“ nicht funktioniert. Bei kleineren und ärmeren Gemeinden hat das Umdenken angefangen. Dann gibt es eben Reiche wie Rum, das die gesamte Kommunalsteuer vom Osten der Stadt Innsbruck einstreift. Mit vollen Hosen ist leicht stinken, denen ist echt alles wurscht.

ECHO: Würde es nicht Sinn machen, den Zentralraum um Innsbruck bzw. in den Grenzen des Planungsverbandes gemeinsam zu planen und die Gemeindegrenzen im Sinne einer klugen Entwicklung aufzuweichen?

Fritz: Ich würde sagen, wir stehen gerade an der Kippe, wo sich diese Haltung durchsetzt. Das Diktat der leeren Kassen ist so gesehen ein Segen. Ich glaube auch, dass die Landesraumordnung langsam anfängt, regional zu denken. Früher hatte man den Eindruck, dass das Landhaus nur dazu da ist, die armen Landgemeinden vor der bösen Stadt zu schützen. Mittlerweile wird auch dort in Regionen gedacht. Die Tendenz wird stärker.

ECHO: Trifft das auch die Wirtschaft?

Fritz: Selbstverständlich. Ob ein Unternehmen in Kematen oder in Völs angesiedelt ist, ist dann egal, wenn eine zumutbare Anbindung zur Infrastruktur gegeben ist. Mit schnellem Zugang zur S-Bahn, zur Universität, zu Forschungseinrichtungen ist die Entfernung im Zentralraum kein Problem. Ohne die Attraktivität von Innsbruck kann Kematen sein Gewerbegebiet vergessen. Ein eingeschossiger Supermarkt mit riesigem Flächenfraß bringt kaum Wertschöpfung. Gemeinsam mit uns kann es aber gelingen, ein gutes Unternehmen dort anzusiedeln und es ist nicht verboten, die Einnahmen aufzuteilen. Das wird in manchen österreichischen Regionen schon gemacht, bei uns noch nicht.

Neuer Stadtteil. Mit 120 Quadratkilometern ist Innsbruck riesig, doch beträgt der bebaut und bewohnbare Teil davon nur 20 Quadratkilometer. Darauf werden sich im Jahr 2025 schon 165.000 InnsbruckerInnen tummeln, also knapp 17.000 mehr als heute. Wo und wie sie wohnen werden, ist noch nicht ganz klar. Es wird verdichtet, aufgestockt, abgerissen und neu gebaut, doch für Stadtrat Gerhard Fritz ist klar, dass auch ein neuer Stadtteil entstehen muss. Wenn im nächsten Jahr das neue Raumordnungskonzept beschlossen wird, wird klar sein, wo.

ECHO: Betrifft das auch andere Flächen?

Fritz: Ja. Es muss ja nicht jeder Fußballplatz in Innsbruck sein. Bei uns nimmt das große Flächen für Wohnraum weg. Beim MCI quetscht man Quadratmeter rein, was nur geht, nur damit der Sportplatz für die Union dort bleibt, wo er jetzt ist. Die großflächigen Überlegungen gibt es, sie stehen am Anfang, aber sie funktionieren noch nicht wirklich. Der Leidensdruck muss wohl noch wachsen.

ECHO: Leidensdruck ist in den Gemeinden auch oft im Zusammenhang mit der Mietzinsbeihilfe gegeben, die in Innsbruck einen satten Batzen ausmacht. 70 Prozent zahlt das Land, 30 Prozent müssen die Gemeinden oder Städte übernehmen. Was, wenn die Gemeinden das nicht tun?

Fritz: Dann zahlt das Land auch nichts und die Leute bekommen nichts. Da bräuchte es eine Vereinheitlichung der Zugangsbestimmungen. Da müsste das Land vorausgehen. Das ist eine Schraube, an der man drehen könnte, damit Innsbruck nicht alles auffangen muss. In der letzten Legislaturperiode

war eine Reform der Mietzinsbeihilfe und der Wohnbauförderung angedacht, das war auch mit Innsbruck sehr weit abgesprochen. Doch die Unterlagen sind verschollen.

ECHO: Zurück zur Wohnraumbeschaffung. Es gibt die Möglichkeiten, bestehende Bauten zu verdichten, aufzustocken oder einen neuen Stadtteil zu schaffen. Was wird es werden?

Fritz: Es wird eine Mischung geben. Es bleibt die Zielsetzung, die schon jetzt im Raumordnungskonzept steht: Entwicklung möglichst durch Binnenverdichtung im bestehenden Bauland, weil diese Verdichtung die Natur- und Kulturlandschaft schützt. Die Naherholungsgebiete, die wir haben, machen städtische Dichte erst erträglich. Jede Grünfläche, jeder Park ist notwendig. Doch es wird sich



nicht ausgehen, alle 165.000 auf den jetzt noch nicht genutzten Flächen unterzubringen. Auch nicht mit Nachverdichtung oder Aufstockung. Und es wird wahrscheinlich einen neuen Stadtteil brauchen.

ECHO: Wo?

Fritz: Wo – sage ich jetzt nicht. Ich habe im Hinterkopf die eine oder andere Idee, doch es ist noch nichts entschieden. Das ist eine der ersten Meilensteinentscheidungen im Prozess der Erarbeitung des neuen Raumordnungskonzeptes. Sogar, wenn ich nur meine persönliche Meinung dazu äußern würde, würden sich dort die Bodenpreise bewegen. Deswegen sage ich dazu gar nichts. Aber, wir haben Möglichkeiten rund um das jetzt bestehende Bauland und man muss sich nur einen topografischen Plan von Innsbruck hernehmen, um zu sehen, wo es sinnvoll wäre. Hexerei ist das keine.

ECHO: Verdichtet wird beispielsweise bei den Südtiroler Siedlungen ...

Fritz: ... diese Siedlungen sind nach einem städtebaulichen Plan entstanden, damals am



Gentrifizierung. Diese Entwicklung hat im vergangenen Jahr zig-tausende Bewohner deutscher Städte demonstrierend auf die Straßen getrieben. Gentrifizierung umschreibt einen schleichenden Austausch der Bevölkerung in umstrukturierten Stadtteilen. Neubauten oder Umbauten auf hohem Kostenniveau vertreiben die alteingesessene Bevölkerung. In Innsbruck ist davon der Stadtteil St. Nikolaus betroffen und Gerhard Fritz sagt: „Aufwertung ist etwas Gutes, doch muss man schauen, dass die Mischung beibehalten wird.“

Stadtrand, wo man auf E plus eins (*Erdgeschoß plus erster Stock – Anm.*) herunterfahren ist. Das ist heute nicht mehr Stadtrand und E plus eins mitten in der Stadt ist ein Wahnsinn. Darum sagte man, dass ein Teil im Bestand behalten wird, da kommt ein Glassturz drüber, weil es ein baukulturelles und städtebauliches Denkmal mit stadthistorischem Wert ist. Ein anderer Teil ist freigegeben. Da siedelt die Neue Heimat schon erfolgreich ab, es wird dort abgebrochen und neu gebaut und es läuft auch schon der erste Wettbewerb für Pradl Ost. Der Wettbewerb für den Pradler Saggen ist in Vorbereitung. Allein, wenn ich die Blockrandstruktur mit den riesigen Höfen beibehalte, kann ich dort locker E plus vier machen. Es gibt da verschiedene Planungstypologien. Irgendwann – und da sprechen wir von den nächsten 20 Jahren – stehen alle Südtiroler Siedlungen zu einer Neustrukturierung an und da sind mehr als 1000 neue Wohnungen drinnen.

ECHO: In einem anderen Teil Pradls – zwischen Schwimmbad und Leitstelle – wird auch kräftig unstrukturiert. Was passiert dort?

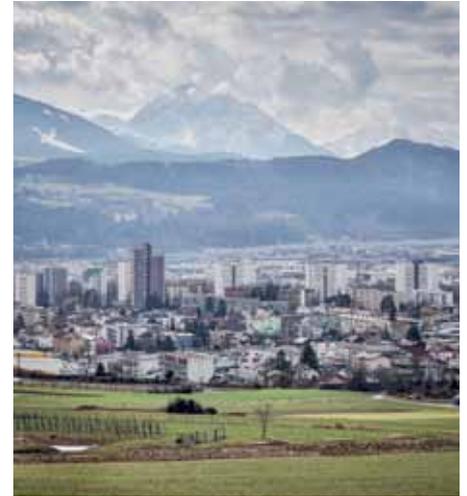
Fritz: Das sind die Bauten des ehemaligen gemeinnützigen Wohnbauträgers der Gewerkschaft der Eisenbahner. Hunoldstraße, Anzengruberstraße, Knollerstraße. Dort haben sie einen für Innsbruck bisher einmaligen partizipativen Prozess gemacht, weswegen es bisher auch so reibungslos abläuft – obwohl rund 200 Mietparteien betroffen sind. Das muss man erst zusammenbringen. Es gibt aber auch Flächen, wo das extrem schwierig ist, wie beispielsweise im O-Dorf. Da glaubt jeder, das sei eine dichte Bebauung, doch das stimmt nicht. Das O-Dorf hat weniger Nutzflächendichte als eine schlichte Blockrandbebauung im Saggen. Die Hochhäuser verschlingen nur Abstandsflächen, die kaum nutzbar und noch dazu nichts Besonderes sind. Anders als in den halbprivaten Innenhöfen im Saggen, kann da niemand Rosen züchten oder Salat anpflanzen oder ein Planschbecken aufstellen.

ECHO: Was ist mit dem gründerzeitlichen Bereich der Stadt?

Fritz: Bei den Dachbodenausbauten müssen wir erst Typologien entwickeln, wie das geschieht. Der gründerzeitliche Grundsatz – Dachtraufenhöhe ist gleich Straßenbreite – spielt bei diesen baulichen Spielereien eine große Rolle. Was in den Hinterhöfen passiert, ist teilweise ganz wild. Da werden wir wohl wieder zurückrudern müssen auf einen höchsten Punkt und vielleicht auch örtliche Bauvorschriften. Jetzt ist es so, wie ein Mitglied des Gestaltungsbeirates sagte: Vorne tun wir so, als wäre nichts und hinten wird die Sau rausgelassen. Wir wollen weiter den Dachbodenausbau fördern, doch müssen die Auswüchse bekämpft werden.

ECHO: Im Zusammenhang mit den Diskussionen zum neuen Raumordnungskonzept wurde auch über die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen gesprochen und es gab Stimmen, die sagten, bevor die letzten Bauern aus Innsbruck vertrieben werden, lassen wir den Flughafen auf und haben Wohnbaugründe ohne Ende. Wird auch ernsthaft darüber nachgedacht?

Fritz: Nur auf der Ebene der konkreten Utopien. Für die nächsten zehn Jahre glaube ich nicht, dass das ein Thema wird. Doch wenn die Entwicklung auf dem Treibstoffmarkt und im Luftfahrtmarkt so weitergeht und die Mittelstreckenflüge sich nicht mehr rentieren oder Regionalflüge von der Bahn erledigt werden, dann wird sich der Flughafen möglicherweise nicht mehr rechnen. Die Auflassung des Flughafens steht aber sicher nicht im neuen Raumordnungskonzept.



Falscher Eindruck. Wer glaubt, dass mit einem Hochhaus die Flächen am besten genutzt werden, in dem Sinn, dass dort die Dichte groß ist bzw. am meisten Wohnraum geschaffen werden kann, irrt. Wie Gerhard Fritz ausführt, ist die Nutzflächendichte einer klassischen Blockrandbebauung im Saggen höher, als jene im O-Dorf. Die magische Grenze – auch für die Baukosten – liegt bei acht Stockwerken. Da die Traufenhöhe in einem gewissen Verhältnis zur Straßenbreite bzw. Freifläche stehen muss, steigen die Baukosten ab dieser „Höhe“ massiv an.

ECHO: Gibt es Bereiche, in denen man mit dem nun auslaufenden Raumordnungskonzept falsch lag?

Fritz: Eigentlich nicht. Das Einzige ist die Wachstumsdynamik – die haben wir unterschätzt. Sonst haben wir die wesentlichen Ziele erreicht, das Konzept hat im Kern gehalten.

ECHO: Der freie Wohnungsmarkt ist hart. Oft werden Südtiroler, die ihr Geld in Innsbrucker Wohnungen anlegen, als böse Buben des Marktes bezeichnet. Ist das ein Opfer an die Kapitalfreiheit innerhalb der EU?

Fritz: Ja, die haben wir – genauso wie die Verkehrsfreiheit. Diese Freiheiten haben ihre Auswüchse, doch im Großen und Ganzen sind alle Freiheiten der EU ein Segen. Man kann Anlegern aus der EU nicht verbieten, ihr Kapital hier anzulegen. Es gibt viel aufgehäuftes Kapital – ob Schwarzgeld oder nicht – das in Innsbruck angelegt wird und dass ein Teil des Innsbrucker Wohnbaues rein spekulative Anlegergeschichten sind, ist bekannt. An den Grundrissen dieser frei finanzierten Wohnbauten sieht man sofort, dass der Bauherr dort nicht selbst wohnt,

sondern die Wohnung möglichst teuer an Studenten vermieten will. Wo solche Investoren einen Bebauungsplan brauchen, können wir ihnen wenigstens einen Wettbewerb aufs Auge drücken und die Qualität ein bisschen erhöhen. Vor dem Hintergrund sind die Vorbehaltsflächenwidmungen und die zivilrechtlichen Abmachungen mit den Bauherren wichtig, damit nicht der gesamte wohnbauförderte Wohnbau von der höheren Rendite verdrängt wird.

ECHO: Es ist kein Geheimnis, dass die Mietpreise in Innsbruck exorbitant hoch sind. Wenn diese Mieten weiter steigen – wie sollen sich diese 165.000 Innsbrucker sich das Wohnen in Innsbruck überhaupt leisten?

Fritz: Es gibt schon Wohnungen der Gemeinnützigen, die nicht teuer sind und auch die rund 6000 städtischen Wohnungen sind nicht prohibitiv teuer. Dass angesichts dessen, dass manche Mieter aufgrund ihrer alten und vielfach ererbten Mietverträge fast gar nichts zahlen, darüber diskutiert wird, befristete Mietverträge einzuführen, ist nachvollziehbar. Doch, da müssten Bundesgesetze geändert werden oder es müssten bei Sozial- bzw. städtischen Wohnungen befristete Mietverträge eingeführt werden. Das ist eine Reihe von Sachen, die stadintern immer wieder diskutiert werden. Die Wohnungsvergabe sollte schon so treffsicher wie möglich sein und Leute, die sich den freien Markt auch leisten könnten, sollten nicht in geförderten Wohnungen sitzen.

ECHO: Die Vergaberichtlinien der Stadt werden derzeit geändert. Die Liste der sogenannten Vorgemerkten ist mit 2500 Personen lang – wie muss diese Zahl betrachtet werden?

Fritz: Es handelt sich dabei nicht um 2500 potenziell Obdachlose, sondern es sind 2500, die umziehen und die Chance auf eine städtische Wohnung haben wollen. Natürlich sind auch Menschen dabei, die in sündteuren oder hygienisch bedenklichen und qualitativ saumäßigen Wohnungen wohnen und möglichst schnell umziehen sollten. Aber es ist nicht so, dass wir 2500 akut Wohnungssuchende auf der Liste haben. Wir können bauen wie die Henker und werden immer 2000 Leute auf der Vormerkliste haben. Das hängt mit dieser Quasi-Privatisierung zusammen – wenn du einmal in der Wohnung bist, kannst du den Mietvertrag an deine Kinder oder Enkelkinder völlig unabhängig von deren Einkommen vererben. Und wenn die geförderten Wohnungen abbezahlt sind, kann mit ihnen am freien Markt spekuliert



Preisspirale. Über 1000 Euro müssen in Innsbruck für Baulandquadratmeter in schönen Lagen berappt werden. Hinzu kommt, dass üblicherweise sogenannte Dichteklauseln in den Verträgen sind, die dem Verkäufer weitere Zahlungen zusichern, sollte der Bebauungsplan geändert und „dichter“ gebaut werden. Die von der Stadt verlangten Wettbewerbe führen auch meist dazu, dass die Dichten erhöht werden, was die Preise in die Höhe treibt. Die Stadt erarbeitet derzeit Regeln, um die Preisspirale zu stoppen. Die Vorbehaltsflächenwidmung zählt etwa dazu.

werden, als wäre nichts gewesen. Innsbruck denkt da über ein Vorkaufsrecht nach, so dass die Stadt die Wohnung nicht um den Marktpreis, sondern zum indexierten Preis zurückkaufen kann.

ECHO: Wegen der Spekulationsgefahr ist die vorzeitige Rückzahlung der Wohnbauförderungsdarlehen so umstritten?

Fritz: Genau – zählst du zur oberen Mittelschicht, die gerade noch in den Förderungsrahmen reinfällt, kannst du es dir vielleicht nach drei bis vier Jahren leisten, vorzeitig zurückzahlen und dann verscherbelst du die Wohnung auf dem freien Markt. Solche Sachen müssen wir abdrehen.

ECHO: Sie sind der Meinung, dass über 40 Quadratmeter Wohnraum für eine Person zu viel sind. Wie kommen Sie auf diese Zahl?

Fritz: Das ist im Moment der Durchschnitt. Ich sagte damals, dass wir von den gründerzeitlichen Verhältnissen weggekommen sind und uns zu mehr Wohnfläche pro Person hinentwickelt haben. Das ist ja ein Segen. Doch diese Entwicklung kann man nicht unbeschränkt fortschreiben. Einen Gutteil machen Single-Haushalte aus und da muss

ich mir schon die Frage stellen, ob ich jedem Single über 40 Quadratmeter mit eigener Nasszelle, Küche, Pipapo, Balkon und Loggia gebe oder ist es denkbar – und da kommen wir wieder zu den geänderten Grundrissen in alternativen Wohnformen – dass mehrere Singles gemeinsam eine Küche oder andere Gemeinschaftseinrichtungen nutzen können. Man muss die Leute nicht zwangsweise in Wohngemeinschaften kasernieren, doch müssen wir hier ein paar Experimente zulassen, indem man die Grundrisse so verändert, dass das möglich ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass es dafür ein Marktsegment gibt.

ECHO: Welches Ziel, in dem Sinn wohin sich Innsbruck entwickeln soll, steht über dem Raumordnungskonzept neu, das derzeit erarbeitet wird?

Fritz: Innsbruck soll möglichst eine dichte, kompakte, europäische Stadt mit einer hohen Lebensqualität sein, mit ausreichenden Naherholungs- und Sportmöglichkeiten, mit ausreichend Freiräumen, die Dichte erträglich macht. Eine demokratische, bunte, offene, vielfältige, internationale Stadt. Das ist das Ziel, mit dem wir uns identifizieren: Innsbruck ist international und nicht einfältig. Das muss sich letztlich auch in der Raumordnung widerspiegeln. Dazu gehören öffentliche Räume, wo sich auch Öffentlichkeit abspielen kann. Es werden im Raumordnungskonzept wahrscheinlich mehr Ziele als Maßnahmen stehen, weil wir vieles noch nicht wissen.

ECHO: Haben Sie auch das Gefühl, dass Innsbruck erst jetzt beginnt, urban zu werden?

Fritz: Ja, das ist auch mein Gefühl. Innsbruck war schon einmal urban – in den 1920er Jahren. Damals hatten wir noch Gemeinderatsmehrheiten, die beschlossen haben, dass kein anständiger Gemeinderat an dieser gegenreformatorischen, konterrevolutionären Fronleichnamsprozession teilnimmt. Das hat sich erst in den 1940er Jahren gedreht, mit der Eingemeindung der Landgemeinden, der Südtirolgeschichte und dem Bau der Südtiroler Siedlungen – so ländlich wie möglich – dann noch die Landflucht. Bis in die 1970er Jahre war Innsbruck sicher weniger urban als in den 1920er Jahren. Ab den 1980er, maximal den 1990er Jahren hat sich das gedreht. Die Universität trägt viel dazu bei. Fast ein Drittel der Innsbrucker Bevölkerung hat in der einen oder anderen Form mit Universität zu tun. Ohne die wären wir sicher noch ein Provinznest.

Interview: Alexandra Keller